

Liebe Leserin, lieber Leser,



Kampfdrohnen gehören seit Jahren zu den Waffen, mit denen die USA und andere Staaten weltweit Krieg führen. Mit diesen unbemannten Killermaschinen, gesteuert via Joystick und Satelliten, jagen sie Menschen unter anderem in Afghanistan, in Pakistan, in Somalia und im Jemen.

Nun will auch die Bundesregierung die Bundeswehr mit Kampfdrohnen ausstatten. Zunächst will sie ausländische Fabrikate leihen. Später sollen – im Verbund mit anderen europäischen Staaten – eigene Drohnen entwickelt werden. Dafür plant die Bundesregierung Ausgaben von mehreren hundert Millionen Euro in den nächsten Jahren ein.

DIE LINKE lehnt militärische Drohnen prinzipiell ab. Sie setzt sich deshalb dafür ein, dass die Regierung ihre Pläne aufgibt, für die Bundeswehr Kampfdrohnen zu erwerben. Und sie weiß dabei die Bevölkerung auf ihrer Seite. Laut einer Umfrage der ARD lehnt die Mehrheit die Anschaffung von Kampfdrohnen ab: Nur 30 Prozent der Befragten sprechen sich dafür aus, 64 Prozent sind dagegen.

Mit solidarischen Grüßen,

Christine Buchholz

Verteidigungspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE

Tödliche Bedrohung aus der Luft

Eine neue Waffe erobert die Schlachtfelder dieser Welt: bewaffnete Drohnen. Es handelt sich um unbemannte Kampfjets, ausgestattet mit Raketen. Sie lassen sich aus bis zu 20 000 Kilometern Entfernung per Computer steuern. Kampfdrohnen werden seit Jahren vor allem in Kriegsgebieten eingesetzt, in die westliche Staaten keine eigenen Soldaten entsenden können oder wollen, wie in entlegenen Bergregionen und schwer zugänglichen Wüstengegenden. In jüngster Zeit benutzen vor allem die USA diese Killermaschinen, um Menschen zu exekutieren, die als terrorverdächtig eingestuft wurden. Und das nicht nur in Kriegsgebieten wie Afghanistan, sondern auch in Regionen wie Pakistan, Somalia oder im Jemen, wo die US-Armee keine Soldaten vor Ort hat. So werden Todesstrafen vollzogen ohne Anklage, ohne Beweise und ohne Verfahren.

Bei Drohnenangriffen sterben immer wieder unschuldige Frauen, Männer und Kinder. Nach Angaben der britischen Organisation Bureau of Investigative Journalism kamen so allein in Pakistan, Jemen und Somalia zwischen 2002 und 2014 mehr als 1500 Zivilisten ums Leben. Ein Haupteinsatzgebiet US-amerikanischer Drohnen ist Pakistan, obwohl sich das Land offiziell nicht im Krieg mit den USA befindet. Dort finden auch sogenannte *signature strikes* statt: Menschen, die sich durch ihr



Solche Aufklärungsdrohnen, hier der israelische Typ Heron 1, setzen Bundeswehrsoldaten bereits seit Jahren ein.



Demonstranten zeigen die Fotos von Opfern des Drohnenkriegs bei einer Waffenmesse in Washington, USA, 2013.

Verhalten verdächtig machen, werden getötet, obwohl ihre Identität unbekannt ist. Sie werden zum Ziel, weil sie beispielsweise ein Gebäude betreten, das als terroristischer Aufenthaltsort gilt. Hunderte Zivilisten wurden so getötet, gesprengt bei der Arbeit auf dem Feld, bei Trauerfeiern oder Dorfversammlungen.

Deutschlands Rolle im Drohnenkrieg

Schon seit Jahren ist Deutschland Teil dieses Drohnenkrieges. Deutsche Geheimdienstinformationen und Forschungsergebnisse werden den USA zur Verfügung gestellt, um Angriffsziele für Drohnen zu identifizieren. Zudem werden Drohnenangriffe von hiesigen US-Stützpunkten geplant und geleitet. Nur eigene Drohnenangriffe der Bundeswehr sind bisher unmöglich. Zwar besitzt die deutsche Armee mehrere hundert Drohnen, aber diese sind allesamt unbewaffnet. Das soll sich jetzt ändern.

Im Sommer 2014 hat Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) angekündigt, sie wolle für die Bundeswehr »bei Bedarf« Kampfdrohnen erwerben. Der Bedarfsfall tritt dann ein, wenn die Regierung die Bundeswehr in einen weiteren Kampfeinsatz im Ausland wie in Afghanistan entsenden sollte. Dann sollen die Fluggeräte geleast werden. In Frage kommen dafür das israelische Modell Heron oder



Von einer solchen Kommandozentrale aus lassen sich moderne Kampfdrohnen aus bis zu 20 000 Kilometer Entfernung per Computer steuern.

die US-amerikanische MQ-9 Reaper (auf Deutsch: Sensenmann). Deutsche Soldaten sollen zwischenzeitlich darin geschult werden, die unbemannten Kampfflugzeuge per Fernbedienung zu steuern.

Bis zu 300 Millionen Euro für eigene Kampfdrohnen

Mittelfristig soll mit anderen europäischen Partnern ein eigenes waffenfähiges System entwickelt werden. Im laufenden Haushaltsjahr sind dafür 22 Millionen Euro veranschlagt; und für die nächsten Jahre summieren sich die für dieses Projekt reservierten Gelder schon jetzt auf rund 300 Millionen Euro. Eine weitere Kostenexplosion ist zu befürchten.

Die Industrie wittert das große Geschäft. Bereits im Frühjahr hatten drei führende europäische Rüstungskonzerne, Airbus Defence, Dassault Aviation und Alenia Aermacchi, vorgeschlagen, eine deutsch-französisch-italienische Kampfdrohne zu bauen. Sie soll in mittlerer Höhe fliegen und lange in der Luft bleiben können. Die Bundesregierung führt zwei Argumente an, um die Anschaffung dieser Waffengattung für die Bundeswehr zu begründen. Einerseits heißt es, es ginge um den Schutz deutscher Soldaten:

Geräte eine Patrouille unter feindlichen Beschuss, könnten bewaffnete Drohnen schnell zur Hilfe eilen. Aber: Im Laufe eines Jahrzehnts hat die Bundeswehr in Afghanistan nur zwei Mal Unterstützung durch US-Drohnen angefordert.

Andererseits wird behauptet, Kampfdrohnen seien besonders präzise. Doch aus großer Höhe kann die Identität der Ziele nicht exakt ermittelt werden. Zudem feuern die Drohnen Geschosse mit enormer Sprengkraft ab, um fahrende Ziele trotz der technisch bedingten Zeitverzögerung zwischen Knopfdruck und Einschlag zu zerstören. Die Folge sind überdurchschnittlich viele zivile Tote.

Bundesregierung will Interventionsarmee

DIE LINKE lehnt militärische Drohnen prinzipiell ab. Es ist der nächste Schritt hin zum Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee im internationalen Einsatz. Die Regierung will in den Wettlauf um die wirksamsten Kampfdrohnen einsteigen, um unabhängig von US-Technologie weltweit Krieg führen zu können.

Zusammen mit der Friedensbewegung macht DIE LINKE Druck, damit die Regierung auf die Beschaffung neuer Drohnen verzichtet.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Sahra Wagenknecht (MdB), Dietmar Bartsch (MdB)
Stellvertretender Vorsitzender
Redaktionsschluss: 1. September 2014

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr!

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

